

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,30 Mark, bei Zustellung durch die Post 2,50 Mark, bei Verabreichung durch die Post 2,80 Mark. Einzelnummern 15 Pf. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 73 — 83. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Mittwoch 26. März 1924

Die Finanzmethode von Mr. Ford

Ein Freund der „Sachsen-Zeitung“ sendet uns folgenden Auschnitt aus der „Deutschen Tageszeitung“:
Michel Laut der Vertrauensfrage, verfällt immer wieder in dieselben Fehler. Er legt bei seinen Geschäftsgegnern immer dieselbe Uneigennützigkeit, Lauterkeit oder Dummheit voraus, die er selbst zu haben meint und übrigens auch zumeist hat. So sind wir in den passiven Widerstand an Rhein und Ruhr hineingefahren ohne Berechnung des Ausganges, aber in der Illusion, England würde uns helfen. Ich will nicht glauben, was viele behaupten, daß dieser Illusion wirtschaftliche Versprechungen von Seiten englischer politischer Stellen zugrunde gelegen haben. Wie könnte das auch? Für die englische Volkswirtschaft war ja der Ruhrkonflikt zunächst einmal die wirkliche Rettung. Reallohn unter Vorkriegsstand, während andere Arbeiterkategorien dort zur Zeit noch darüber stehen. Die Kohläufe an Kohlen nun, welche sowohl Frankreich wie Deutschland in England gemacht haben, haben es möglich gemacht, daß der englische Bergarbeiter die Nase noch eine Weile über Wasser halten können. Es war für den englischen Bergbau eine Atempause vor dem schweren Krisenkampf, welchem die drei großen europäischen Industrieländer entgegengehen. Wie konnten wir da uneigennützig Hilfe von irgend einem englischen Staatsmann verlangen? Sobald die Ruhr auch nur zur Hälfte wieder arbeitet, wird es auf dem Weltmarkt der Kohle einen gewaltigen Preisturz geben. Erst nach diesem Ereignis könnte vielleicht von einem gemeinsamen Interesse die Rede sein.

Nun sind wir aber im Begriff, eine gleiche Harmlosigkeit zu begehen. Wir bilden uns ein, unsere Rettung könnte bestehen in einem Nahrungsmittelkredit, welchen uns Amerika geben soll. In einem deutschen Börsenbericht über den Weltgetreidemarkt las ich neulich, daß die amerikanischen Farmer große Hoffnungen auf diesen Nahrungsmittelkredit setzen. Das begreife ich vollkommen. Was bedeutet denn dieses Geschäft auf der amerikanischen Seite? Daß dem Farmer von der Regierung sein unverkäuflicher Weizen zu einem Ueberpreis abgenommen wird. Dieses staatswirtschaftliche Verfahren ist ja auch dort in der Kriegszeit üblich geworden; es ist für die Farmer eine wehmütige Erinnerung an die noch schöneren Kriegspreise. Für uns würde dieser Ueberpreis ein Ueber-Ueberpreis werden; er würde vermutlich 30 Proz. über den jetzigen deutschen Preis liegen, die ja bekanntlich das deutsche Preisniveau unter Weltmarkt liegt. Es würde also bedeuten, daß wir teures ausländisches Getreide kaufen, während das deutsche immer billiger wird. Wirtschaftlicher wäre es, die deutsche Regierung kaufe, wenn sie durchaus etwas kaufen will, einheimisches Getreide und überließe es den deutschen Landwirten, ausländische Futtermittel zu kaufen.

Die deutsche Seite des Geschäftes sieht nun so aus, daß wir die Preise übernehmen, welche die amerikanische Regierung, um die Gefüßter ihrer Farmer aufzubellen, zu zahlen beliebt, und wir diesen Gesamtwert recht hoch verzinsen. Wie hoch? Das weiß niemand in Deutschland. Es gehört zu den neueren demokratischen Methoden, daß die Ration das nichts mehr angeht. Die Amerikaner wissen, was sie mit dem Nahrungskredit wollen. Sie wollen einen Käufer für unverkäufliches Getreide. In dieser Lage wenden sie sich an die unsolideste Firma, welche es gibt und brummen ihr umso höhere Zinsen auf. Ein unerkennliches Geschäft, nur erträglich, wenn man es mit dem Mantel christlicher Nächstenliebe drapiert. Ob aber die Deutschen wissen, was dieser Nahrungsmittelkredit bedeutet? Ob diese Politik nicht auch wieder nur ein Beweis unserer Illusionsfähigkeit ist? Wir leiden an einer Augenkrankheit, bei welcher wir immer nur die eine Hälfte des Weltbildes sehen.

Nicht anders liegt es mit einem großen Anleihenkredit überhaupt. Wir bilden uns ein, Währung und Wirtschaft nicht wieder aufrichten zu können, ohne so etwas wie „Anleihe“. Wir bieten uns den Kapitalisten vor als Schuldner an und bieten ihnen alle Wertstoffe, die wir noch haben, und nicht nur das, sondern auch die Arbeitskraft unserer Arbeiterschaft als Pfandstücke an.

Demgegenüber möchte ich meine Landsleute auf die Methode des Mr. Ford, des genialen Unternehmers in Amerika, hinweisen. Er hat ein gewaltiges Unternehmen aufgebaut ohne jemals Leihkredit in Anspruch genommen zu haben. Er stellt es gerade als Grundsatz auf, daß ein Unternehmen, welches kraftvoll und selbstständig bleiben will, sich nie dazu herbeilassen soll, Finanzkredit im großen Stile zu nehmen. Das steht allerdings im Widerspruch mit den landesüblichen Gewohnheiten hier wie auch anderswo, indem man sich einbildet, große Unternehmen könnten gar nicht anders ins Leben treten, als daß sie von Banken „finanzieren“ werden, wie man sagt, d. h. auf einer Unterlage von recht viel Leihkapital errichtet werden. Ford hat den Beweis geführt, daß das nicht richtig ist. Als er im Jahre 1910 eine gewaltige Vergrößerung seines Unternehmens vorzunehmen beschloß, ging er nicht zu den Banken, sondern erhöhte den Verkaufspreis seiner Produkte um ein Weniges und zog dadurch innerhalb zweier Jahre die nötigen Anleihemittel aus dem Kredit. Allerdings, wenn wir die Geschichte großer Unternehmungen, wie z. B. des Kruppischen Isern, so erkennen wir auch dort das Bestreben, sich von den Gefahren des Leihkredits, den Bemühungen der Korruption, die damit verbunden sind, fernzuhalten.

Wenn nun aber dieses für ein großes Einzelunternehmen gilt, so gilt diese Methode noch viel mehr für das größte Unternehmen, welches es gibt, für eine Volkswirtschaft in ihrer Ganzheit. Leben wir die Arbeitsunternehmung des deutschen 60-Millionen-Volkes als eine Ford'sche Unternehmung an, so dürfen

Amerikanische Lebensmittel für Deutschland.

10 Millionen Dollar für Deutschlands notleidende Frauen und Kinder. (Eigener Fernsprechsdiens der „Sachsen-Zeitung“.)

London, 25. März. Aus Washington wird gemeldet, daß die Abgeordnetenkammer einen Antrag gestellt hat, wonach zum Ankauf von Lebensmitteln für die notleidenden Frauen und Kinder Deutschlands ein Betrag von 10 Millionen Dollar ausgeben werden soll.

Anerkennung des deutschen Volksbundes in Kattowitz.

Beuthen, 25. März. Wie von unterrichteter Seite verlautet, hat der Völkerverbund in seiner letzten Sitzung den Deutschen Volksbund in Kattowitz als rechtmäßige Vertretung der deutschen Kinderarbeit in Polnisch-Oberschlesien anerkannt. Der polnische Vertreter Ebinmaul hat diese Entscheidung ausdrücklich angenommen.

Eine Gedenkfeier in Schleswig.

Schleswig, 25. März. Aus Anlaß der Wiedertehr des Tages, an dem sich die Vorfahren gegen die Dänen erhoben, um ihre letzten vererbten Rechte zu wahren, findet heute abend im Stadttheater eine Gedenkfeier statt.

Fortdauer des Bremer Hafenarbeiterstreiks.

Bremen, 25. März. Die Verhandlungen im Bremer Hafenarbeiterstreik haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Der Streik dauert infolgedessen unverändert an.

Die Sachverständigenunterausschüsse tagen wieder.

Paris, 25. März. Die englischen Mitglieder der Sachverständigenausschüsse Rindersley und Stamp sind gestern nach Paris zurückgekehrt. Heute nehmen die Unterausschüsse ihre Tätigkeit wieder auf und zwar wird der Währungsausschuß heute früh zusammentreten und am Nachmittag um 3 Uhr der Unter- auschuß für Budgetfragen. Am 3 Uhr nachmittags verammeln sich auch die Mitglieder des Währungsausschusses und nehmen zu der Frage der deutschen Eisenbahnen erneuert Stellung. Das Komitee Dawes wird, wie schon gemeldet, erst am Mittwoch zu einer Voll Sitzung zusammentreten.

wir sagen, daß die innere Kreditkraft dieses Unternehmens, die Sicherheit seines Fortbestehens, sowie die Kreditwürdigkeit nach außen von Natur noch viel stärker ist, als die eines Einzelunternehmens, dessen Glüd und Unglück schließlich auf zwei Augen steht. Was aber der Hauptunterschied ist: dieses Unternehmen ist ja groß, daß es in sich selbst alles umschließt, was es braucht. Es besteht aus zwei großen Partnern, von denen der eine immer das erzeugt, was der andere verlangt: nämlich Industrie und Landwirtschaft. Den Währungskredit, welche diese untereinander nötig haben, brauchen wir uns nicht von draußen zu holen. Die 5 Milliarden ausländische Rohstoffe aber, welche wir von draußen nötig haben, brauchen wir nicht mit Staatskredit zu kaufen. Wir kaufen sie mit dem Export, den wir daraus zu machen verstehen, und mehr dürfen wir überhaupt nicht kaufen.

Ich bin also der Meinung, wir dürfen uns weder einen ausländischen Nahrungsmittelkredit von Staatswegen aufhängen lassen, noch einen Währungskredit, noch überhaupt irgendeinen staatlichen Auslandskredit, sondern empfehle meinen Landsleuten die Methode des Mr. Ford. Ford hat ein sehr schönes Wort gefunden, dessen Gebrauch auch mir schon lange gewohnt ist. Er nennt die menschliche Arbeit einen gegenseitigen Dienst. Ein großes Volk lebt nicht nur durch Geld oder Kredit am wenigsten ausländischen. Es lebt durch die gegenseitigen Dienste, welche die Berufsstände einander leisten, z. B. die Landwirtschaft der Industrie und die Industrie der Landwirtschaft. Arbeit eine Religion des Dienens. Das ist das gerade Gegenstück jener Religion des Klassenkampfes, unter der wir in den letzten Jahrzehnten gelitten haben. Uebrigens war diese Religion des Klassenkampfes nicht nur zu Hause bei der Arbeitnehmerschaft, sondern sie war auch zu finden bei der Arbeitgeberschaft insofern sie des Glaubens war ihr Wohlstand beruhe wirklich auf einer Art Druck gegen die Arbeiterschaft. Und ferner: Es war dies nicht der einzige Akt, welcher den Boden der völkischen Gemeinschaft zerteilte; es gab deren noch mehrere, auch die einzelnen großen Berufsstände glaubten in einer Art Klassenkampf stehen zu müssen und bekämpften sich mit Kartellen und Syndikaten, immer in der Meinung, was der eine verliere, könne der andre gewinnen. Solches Mißtrauen regierte auch zwischen Industrie und Landwirtschaft. Nein, ihr könnt nur gemeinsam gewinnen und gemeinsam verlieren, so lehrt die Religion vom Dienst in der Arbeit. Und indem ihr euch gegenseitig dient, findet ihr zum Leben genug und braucht keinen Fremden.

London in Erwartung der russischen Delegation.

London, 25. März. Auf eine Anfrage im Parlament erklärte Macdonald, er sei davon unterrichtet, daß die russische Delegation für die Verhandlungen Anfang April erwartet werde. Er könnte aber nicht sagen, wer ihr Führer sein werde.

Zusammenstoß zwischen einem englischen und einem amerikanischen Dampfer.

London, 25. März. Auf der Themse hat sich gestern ein Zusammenstoß zwischen einem englischen und einem amerikanischen Dampfer ereignet. Es gab 8 Tote und einige Verletzte.

3 Milliarden englische Pfund für die Luftflotte.

London, 25. März. Das Unterhaus hat gestern abend ohne Abstimmung einen Kredit von 2 941 000 000 Pfund Sterling für die Luftflotte bewilligt.

Beendigung des Verkehrsstreiks in London.

London, 25. März. Macdonald hat persönlich in den Verkehrsstreik eingegriffen. Macdonald hat 2 Stunden mit dem Direktor der Allgemeinen Omnibusgesellschaft verhandelt. Es war aus dieser Verhandlung zu schließen, daß die Ansichten auf eine gütliche Verständigung sich wesentlich erweitert hätten.

Vertrauen zur griechischen republikanischen Regierung.

Athen, 25. März. Das Parlament hat der Regierung, die bekanntlich heute vormittag die Republik auszurufen beabsichtigt, mit 259 gegen 3 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen sein Vertrauen ausgesprochen.

Auch Persien wird Republik.

Teheran, 25. März. Für Persien wurde die Einführung der republikanischen Staatsform befürwortet. Das Manifest ist von 36 hervorragenden Persönlichkeiten unterschrieben worden. Die in Teheran erscheinende Zeitung „Die rote Aufklärung“ veröffentlichte am 25. März einen Artikel des Inhalts, daß nur die republikanische Staatsform das persische Volk von seinem Jahrhunderte dauernden Elend und von dem Niedergang retten könne.

Vom Wahlkampf.

Der Bälische Block in Württemberg. Nachdem der Landesvorstand der Württembergischen Bürgerpartei (deutsch-national) dem Vorschlag der Vereinigten Vaterländischen Verbände auf Schaffung einer Einheitsliste für die Reichs- und Landtagswahlen zugestimmt hat, ist der geplante Vaterländisch-völkische Block ins Leben gerufen worden.

Der Wahlpartei der Deutschen Mittelstandspartei versammelte zahlreiche Vertreter aus allen Teilen des Reiches im Preussischen Abgeordnetenhause zu Berlin. Alle Redner betonten die vaterländische Einstellung der Partei; ein bayerischer Vertreter wies besonders auf die unerschütterliche Reichstreue des bayerischen Mittelstandes hin. Der Parteivorstand, Landtagsabgeordneter Dr. Redt, sprach über die politische Lage, Prof. Redt über die Bedeutung der Reichstagswahlen, Stadtverordneter Müller-Franken über die Gemeindevahlen, Abgeordneter Holzamer über die Arbeit der vier Abgeordneten im Landtage, Abgeordneter Labendorff wies auf die Zusammenhänge zwischen Hausbesitz und Handwerk hin. Mehrfach wurde das Vertrauen der Partei zu den kommenden Wahlen zum Ausdruck gebracht.

Evangelische Partei. In Sachsen wurde eine neue Partei, die Evangelische Partei, gegründet, die als Spitzenkandidat für die Reichstagswahl im Wahlkreis Ohsachsen den Landgerichtsrat Professor Dr. Müller aufstellen will. Die neue Partei ist eine Gründung der christlichen Elternbewegung.

Der Wahlspruch der Zentrumspartei verlangt die deutsche Volksgemeinschaft, Abkehr vom sozialistischen Materialismus und vom neubeibischnischen Nihilismus. Der Ruf lautet: „Wir sind alle Deutsche, die der Überzeugung sind, daß es für ein unglückliches Volk darauf ankommt, daß es ihm verbildete Kraft zu sammeln und weise für seine Befreiung und seinen Aufstieg zu haben.“

Reichstagskandidat Dr. Marx ist als Spitzenkandidat des Zentrums für Düsseldorf-Ost aufgestellt worden.

Der frühere Zentrumsabgeordnete Heßlein kandidiert in Sachsen als Vertreter der radikal-antiarbeiter „Christi-